



**BERNHARD SEIDENATH, MdL  
CSU-Kreisvorsitzender**

**MdL Bernhard Seidenath**  
CSU-Bürgerbüro, Apothekergasse 1, 85221 Dachau

---

**Vorsitzender des Ausschusses  
für Gesundheit und Pflege**

**Gesundheits- und pflegepolitischer  
Sprecher der CSU-Landtagsfraktion**

## **Pressemitteilung**

**Maximilianeum**  
81627 München  
E-Mail: [info@bernhard-seidenath.de](mailto:info@bernhard-seidenath.de)  
Internet: [www.bernhard-seidenath.de](http://www.bernhard-seidenath.de)

**CSU-Bürgerbüro**  
Apothekergasse 1  
85221 Dachau  
Tel.: 08131/735520  
Fax: 08131/668228

Dachau, 27. Dezember 2019

### **Gedenkstättenbesuch mit Stiftungsdirektor Karl Freller und der Gedenkstättenleiterin Dr. Gabriele Hammermann - Staffler, Seidenath, Löwl, Strauch und Stephan stützen und ergänzen Zukunftsbild für die Erinnerungsarbeit in Dachau und Bayern: „Investitionen in die Zeitzeugen aus Stein nötig“**

Das Konzentrationslager Dachau war der Prototyp des mörderischen Lagersystems der Nationalsozialisten und bestand über die gesamte Dauer der NS-Schreckensherrschaft. Heute ist die KZ-Gedenkstätte Dachau ein international bekannter und anerkannter Gedenk- und Erinnerungsort, von dem nachdrücklich die Botschaft des ‚Nie wieder!‘ ausgeht. „Um diesem Anspruch gerecht zu bleiben und diese Botschaft weiterhin und verstärkt zu senden, bedarf es hoher Investitionen. Wenn die Zeitzeugen aus Fleisch und Blut einmal nicht mehr sein werden, werden die Zeitzeugen aus Stein umso wichtiger“, erklärten MdB Katrin Staffler, MdL Bernhard Seidenath, Landrat Stefan Löwl, Stadtrat Peter Strauch und CSU-Ortsvorsitzender Tobias Stephan heute in Dachau. Zusammen mit dem Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, I. Landtagsvizepräsidenten Karl Freller, und der Leiterin der KZ-Gedenkstätte, Dr. Gabriele Hammermann, hatten sich die Mandatsträger vor wenigen Tagen vor Ort ein Bild gemacht.

Der Dachauer Landtagsabgeordnete Bernhard Seidenath und die Wahlkreisabgeordnete im Bundestag, Katrin Staffler, hatten den Besuch mit Karl Freller vereinbart. „Rund eine Million Menschen besuchen Jahr für Jahr die KZ-Gedenkstätte Dachau. Nur Schloss Neuschwanstein und das Deutsche Museum in München haben in Bayern mehr Besucher. Dies ist Anspruch und Verpflichtung zugleich, in pädagogisch wertvoller Weise eingängliche Informationen über den beispiellosen Tabubruch zu liefern, der sich hier ereignet hat“, betonte Staffler.

„Um allen Ansprüchen gerecht zu werden, braucht die Gedenkstätte zusätzliche Seminarräume. Hierzu sollten Gebäude, die bisher von der Bayerischen Bereitschaftspolizei genutzt werden und an die Gedenkstätte angrenzen, in diese einbezogen werden. Die

nachgebauten Baracken sind schon deutlich in die Jahre gekommen. Auch das Areal des so genannten Kräutergartens muss mittel- bis langfristig für die pädagogische Arbeit nutzbar gemacht werden. Wir brauchen ein tragfähiges Zukunftskonzept und müssen dieses dann Schritt für Schritt umsetzen. Alles in allem sprechen wir hier von einem Investitionsbedarf in dreistelliger Millionenhöhe. Dazu gehört auch die Verstärkung der wissenschaftlichen Seite. In Dachau sollte sich eine Dependence der Ludwig-Maximilians-Universität München ansiedeln – zur weiteren Intensivierung von Forschung und pädagogischer Arbeit. Weil es im Landkreis Dachau bisher keinerlei universitäre Einrichtungen gibt, wäre dies ein deutliches Signal“, erklärte Seidenath.

„Wir müssen in der Tat weiterdenken: In dreizehn Jahren - 2033 - jährt sich die Errichtung des Konzentrationslagers zum 100. Mal. Unser Zukunftsbild, das wir gemeinsam mit allen Akteuren der Erinnerungsarbeit ausgestalten müssen, sollte bis dahin konzipiert und möglichst weit umgesetzt werden. Wir sollten dabei auch die anderen Gedenkort in Bayern einbinden und zeitnah einer Konferenz der Vertreter der Opferorte wie Kaufering, Landsberg am Lech, München-Allach und Mühldorf am Inn nach Dachau einladen, um die Stimmen gebündelt und gemeinsam zu erheben. Gemeinsam haben wir nicht nur den historischen Erinnerungs- und Bildungsauftrag, sondern auch die Pflicht zur Demokratieerziehung der nachfolgenden Generationen. Wenn jeder bayerische Schüler eine Gedenkstätte in seiner Schullaufbahn besuchen soll, braucht es auch dementsprechende pädagogische und räumliche Ressourcen an diesen Orten“, betonte Landrat Stefan Löwl.

Peter Strauch schlug vor, die Gedenkort auf dem Dachauer Gemeindegebiet – das Besucherzentrum der KZ-Gedenkstätte, den Kräutergarten und das Kloster Karmel, den SS-Schießplatz sowie den Leitenberg - mit einer eigenen Pendelbuslinie zu verbinden: „All diese Orte liegen für das fußläufige Erkunden zu weit auseinander. Wer sie kennenlernen möchte, muss aktuell individuell auf ein Auto zurückgreifen. Das neue Konzept sollte die verschiedenen historischen Orte einbeziehen und diese mit Pendelbusse – vielleicht sogar mit Elektroantrieb - während den Besuchszeiten verbinden.“

Tobias Stephan ergänzte: „Wenn Freistaat und Bund viel Geld in die so genannten Täterorte investieren – ich erinnere hier nur an das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg oder den Obersalzberg -, dürfen sie die Opferorte wie die KZ-Gedenkstätte Dachau nicht vergessen! Nach Nürnberg und den Obersalzberg fließt ein dreistelliger Millionenbetrag. Dies ist für die KZ-Gedenkstätte Dachau nur angebracht. Und wir müssen neben den Sachzeugen aus Gebäuden, Orten und Artefakten auch das digitale Vermächtnis der Zeitzeugen im Auge behalten und zudem für das gesamte Areal des Kräutergartens, für das Gebäude der wichtigen Dachauer Prozesse sowie für die Holländerhalle ein tragfähiges Zukunftskonzept entwickeln.“

Karl Freller und Dr. Hammermann dankten den Teilnehmern für ihr Engagement und ihre Unterstützung. Freller wörtlich: „Ich bin froh und dankbar für Besuche und Hilfe von allen Mandatsträgern, die glaubwürdig die Erinnerung an die Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wachhalten und diese Lernorte für die Zukunft stärken wollen und dabei die umfangreichen Planungen der Stiftung und der Gedenkstätte nachhaltig unterstützen!“ Man war sich einig: „Es geht hier nicht um bloße Flächen und Gebäude. Es geht um einen Mahnort

sowie einen Lernort für Demokratie, der international Aufmerksamkeit erfährt. Mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen werden wir dieser Situation gerecht. Diese umzusetzen, wird – insbesondere auch finanziell - eine Gemeinschaftsaufgabe werden müssen: des Freistaats Bayern, der Bundesrepublik Deutschland und auch der Europäischen Union. Wir brauchen einen großen Wurf, um diesem Ort und seiner Geschichte gerecht zu werden.“